ausgerichtet sind, dabei jedoch stets den Erfordernissen der Bürger/Verbraucher, Unternehmen und Finanzverwaltungen Rechnung tragen.

4.15 Was **Alternativlösungen** zu den ermäßigten MwSt-Sätzen angeht, hat die Kommission die Frage aufgeworfen, ob diese nicht durch **direkte Hilfen** ersetzt werden könnten: diese wären ein effizienteres, transparenteres und weniger kostspieliges politisches Instrument. Nach Auffassung des Ausschusses sind Alternativlösungen auf einzelstaatlicher Ebene nur in einigen speziellen Fällen, zeitlich begrenzt und nur unter der Bedingung praktikabel, dass alle Maßnahmen vermieden werden, die die Merkmale staatlicher Subventionen besitzen. Jede Form nationaler Lösungen als Alternative zu MwSt-Ausnahmeregelungen sollte auf der Grundlage von Transparenzkriterien beschlossen werden,

wobei zu berücksichtigen ist, dass wir uns damit in jedem Fall **weiter vom Ziel des Binnenmarktes entfernen**.

4.16 Schließlich macht der Ausschuss zur Abrundung seiner zahlreichen Stellungnahmen zu diesem Thema einen Vorschlag, den der gesunde Menschenverstand nahelegt und der sich aus Gründen der Transparenz anbietet: die derzeitige **MwSt-Regelung künftig nicht mehr als „provisorische Regelung“ zu bezeichnen**. Die Verwendung dieses Adjektivs — nach nunmehr über dreißig Jahren und ohne mittelfristige Hoffnung auf eine endgültige Regelung — ist irreführend und untergräbt die Glaubwürdigkeit der Union. Außerdem beweist diese Situation — falls ein solcher Beweis denn notwendig sein sollte — die Gültigkeit der alten Binsenweisheit: „Nichts hält länger als ein Provisorium“.

Brüssel, den 22. April 2008

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Dimitris DIMITRIADIS

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Strategie für Regionen in äußerster Randlage: Fortschritte und Ausblick“

(KOM(2007) 507 endg.)

(2008/C 211/19)

Die Europäische Kommission beschloss am 21. September 2007, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

„Strategie für Regionen in äußerster Randlage: Fortschritte und Ausblick“.

Die mit der Vorbereitung der Arbeiten beauftragte Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt nahm ihre Stellungnahme am 28. März 2008 an. Berichterstatter war Herr COUPEAU.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 444. Plenartagung am 22./23. April 2008. (Sitzung vom 22. April) mit 128 gegen 3 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

1. Einleitung

1.1 Mit Artikel 299 Absatz 2 des EG-Vertrags wurde die Besonderheit der Regionen in äußerster Randlage anerkannt, wodurch die Wahrung ihrer spezifischen Eigenschaften und ein Ausgleich ihrer Nachteile möglich wurden.

1.2 Bei den sieben Regionen in äußerster Randlage handelt es sich um die spanische autonome Gemeinschaft der Kanarischen Inseln, die portugiesischen autonomen Regionen Madeira und Azoren und die vier französischen Departement Guadeloupe, Guayana, Martinique und Réunion.

1.3 Seit 1989 nehmen diese Regionen an einem besonderen Programm teil, mit dem Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gefördert werden, um eine bessere Konvergenz mit der restlichen EU zu erreichen.

1.4 Mit der Mitteilung vom 12. September 2007 „Strategie für die Regionen in äußerster Randlage: Fortschritte und Aus-

blick“ leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation ein, um die Meinungen aller interessierten Kreise über die Politik der Regionen in äußerster Randlage mit Blick auf die großen Herausforderungen einzuholen, die diese Regionen in den kommenden Jahren werden bewältigen müssen. Mit der vorliegenden Stellungnahme reagiert der EWSA auf diese Konsultation.

1.5 Der EWSA ist der Ansicht, dass die im Hinblick auf die Regionen in äußerster Randlage betriebene Finanzpolitik einige positive Auswirkungen hatte, aber strukturelle Probleme fortbestehen, die behoben werden müssen. Daher hält es der EWSA für erforderlich, diese Politik künftig zu intensivieren.

1.6 Der EWSA verweist darauf, dass die Erreichbarkeit dieser Gebiete und ihr Zugang zum europäischen Markt aufgrund ihrer Abgelegenheit, ihrer Insellage (abgesehen von Französisch-Guayana) und ihrer geografischen und strukturellen Besonderheiten ein dauerhaftes Problem darstellen.

1.7 Da die Regionen in äußerster Randlage in der Nähe des Einflussbereichs von Mercosur, Westafrika, Südafrika und Karibik liegen, wird Europa nach Auffassung des EWSA eine globale Dimension verliehen. Dank der Lage dieser Regionen in verschiedenen Weltmeeren verfügt Europa über eine ausschließliche Wirtschaftszone mit einer Fläche von 25 Mio. km² mit bislang ungeschätzten Reichtümern und Ressourcen.

1.8 Der EWSA weist außerdem darauf hin, dass die Randlage der Wettbewerbsfähigkeit schadet:

- keine Größeneinsparungen aufgrund der kleinen Märkte;
- Mangel an natürlichen Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Mineralien;
- wenig diversifizierte wirtschaftliche Entwicklung der Regionen in äußerster Randlage, weil diese in hohem Maße vom Tourismus, von der Landwirtschaft und von der Fischerei abhängt;
- aufgrund der geringen Größe der Märkte besteht eine Tendenz zur Konzentration der Unternehmen, wodurch Monopole oder Oligopole entstehen, was der Wettbewerbsfähigkeit schadet.

1.9 Nach dem Dafürhalten des EWSA sollte die dienststellenübergreifende Arbeitsgruppe der Kommission, die sich mit den Regionen in äußerster Randlage befasst, beibehalten oder sogar verstärkt werden, um eine größere Effizienz der EU-Politik zu gewährleisten.

2. Analyse der Wirtschaftssektoren der Regionen in äußerster Randlage und Empfehlungen

2.1 Tourismus

2.1.1 Der Tourismus ist für die Regionen in äußerster Randlage ein wichtiger Wirtschaftsbereich, wenn nicht gar die einzige Quelle wirtschaftlichen Wachstums:

2.2 Die Kanarischen Inseln konnten eine diversifizierte Tourismusbranche aufbauen, die mehr als 10 Millionen Touristen pro Jahr anzieht. Auch die Insel Madeira hat ihren Tourismus entwickeln können, indem sie seine Kapazität stark ausgebaut hat. Für die Antillen und Réunion ist dieser Sektor zwar wichtig, er bleibt aber schwach. Die Regionen in äußerster Randlage haben sich ihre außergewöhnlichen ökologischen Eigenschaften und ihr bemerkenswertes Klima zunutze gemacht und konnten so einen qualitativ hochwertigen Tourismus entwickeln. Hierdurch hat sich ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Tourismus erhöht, was ein nicht zu unterschätzendes Risiko in sich birgt, da die touristische Nachfrage je nach Klimalage, Euro-Wechselkurs, Gesundheitssituation u.a. stark fluktuiert.

2.3 Der EWSA hält es für dringend erforderlich, ein Logo für die Regionen in äußerster Randlage zu konzipieren und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und in allen europäischen Ländern, ja sogar in außereuropäischen benachbarten Ländern für diese Regionen zu werben, um den Tourismus zu diversifizieren und dessen Qualität und Nachhaltigkeit zu verbessern.

2.4 Die in der Tourismusbranche tätigen Akteure sollten verstärkt auf bewährte Praktiken zurückgreifen und dabei auf die Schonung der natürlichen Ressourcen achten und sich mit den lokalen Akteuren abstimmen, um geeignete Entwicklungskriterien festzulegen. Die Regionen in äußerster Randlage sind zwar sensibilisiert, müssen aber über eine Nachhaltigkeitspolitik verfügen, die von den lokalen Akteuren mit finanzieller Unterstützung der EU festgelegt wird.

2.5 Landwirtschaft

2.5.1 Der EWSA hält fest, dass die Landwirtschaft zu den traditionellen Sektoren gehört und trotz ihres geringer werdenden Beitrags zur Wertschöpfung nach wie vor ein wichtiger Pfeiler der Wirtschaft in den Regionen in äußerster Randlage ist. Sie bietet ein enormes Beschäftigungspotential, das es unbedingt zu erhalten bzw. auszubauen gilt:

- Mit 24 % der Erwerbstätigen im Agrarsektor sind die Azoren unter den Regionen in äußerster Randlage am stärksten landwirtschaftlich geprägt (Viehwirtschaft, Rüben-, Tabakanbau usw.). Insbesondere durch die Ausfuhr von Thunfisch ist die Fischerei ein strategisch wichtiger Exportsektor, der allerdings in jüngster Zeit an Bedeutung verliert.
- Die Regionen in äußerster Randlage sind außerdem Erzeuger folgender Produkte:
 - Bananen (Kanarische Inseln, Martinique, Guadeloupe);
 - Zuckerrohr (Réunion, Guadeloupe, Martinique);
 - tropische Früchte (Réunion, Guyana);
 - tropische Blumen (Antillen);
 - Getränke (Madeira, Kanarische Inseln, Martinique, Guadeloupe).

2.5.2 Die sinkende Wertschöpfung erklärt sich zum Teil durch den starken Konkurrenzdruck aus Drittländern, der in diesen Bereichen besteht.

2.5.3 Es lassen sich zwei Formen der Landwirtschaft unterscheiden: die Landwirtschaft für den lokalen Bedarf und die exportorientierte Landwirtschaft. Diese beiden Formen der Landwirtschaft stehen häufig im Wettbewerb zueinander, können sich aber auch ergänzen. Der EWSA ist der Auffassung, dass der lokale Vertrieb sich für die Förderung der Landwirtschaft für den lokalen Bedarf einsetzen sollte.

2.5.4 Bezüglich der exportorientierten Landwirtschaft sieht der Ausschuss Absatz fördernde Maßnahmen für die Produkte aus den Regionen in äußerster Randlage als wünschenswert an. Da diese Produkte den strengen europäischen Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsnormen entsprechen, sollte ihnen außerdem zu einem höheren Ansehen verholfen werden.

2.5.5 Der EWSA drängt darauf, dass Europa seine Politik der Kontrolle von Produkten aus Drittländern verstärkt, um Tier- und Pflanzenseuchen zu verhindern und so die landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.

2.5.6 Nach Auffassung des Ausschusses sollten Produkte aus Drittländern und Produkte aus Regionen in äußerster Randlage einander ergänzen. Bedingung hierfür ist allerdings, dass:

- die Betriebe vor Ort nicht in ihrer Existenz bedroht werden;
- sich als Folge ein höherer Lebensstandard für die Bevölkerung der Drittländer ergibt;
- es ein Konzertierungsgremium gibt, das einen Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung entwickeln kann.

2.5.7 Der EWSA erkennt die naturbedingten Nachteile der oben genannten Regionen in äußerster Randlage an und fordert die Beibehaltung entsprechender Ausgleichsmaßnahmen.

2.5.8 Da die landwirtschaftlichen Zonen erhalten werden müssen, zeigt sich der EWSA besorgt über die Bodenpolitik. Die europäischen Behörden sollten die lokalen Behörden dazu anregen, im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung sowohl die Zonen auszuweisen, die erhalten werden müssen, als auch die Zonen, die bebaut werden können.

2.5.9 Die Regionen in äußerster Randlage weisen eine beträchtliche biologische Vielfalt auf, die einen sicheren Wirtschaftsfaktor darstellt. Nach Ansicht des EWSA ist hier eine ambitionierte Politik gefragt, die mit angemessenen Mitteln auszustatten ist, um eine ausgedehnte Agrarstruktur mit umweltgerechten Anbaumethoden aufrechtzuerhalten.

2.6 Fischerei

2.6.1 Die Fischerei ist für die Regionen in äußerster Randlage ein bedeutender Wirtschaftszweig, der allerdings für die Verwaltung der Fischereiresourcen Probleme aufwerfen wird. Für die Versorgung mit Fisch müsste eine andere Quelle aufgetan werden, z.B. eine Meeres-Aquakultur.

2.6.2 Die Forschung und die Politik sollten hier Lösungen finden, um die Versorgung mit Fisch weiterhin sicherzustellen. Durch Versuche mit mehr oder weniger positiven Ergebnissen konnte der Fortbestand des Fischereisektors bislang gesichert werden.

2.6.3 Die Aquakultur steht zwar als Branche noch am Anfang, hat sich aber auf den Kanarischen Inseln und auf Réunion bereits gut etabliert. Der EWSA weist auf die positiven Erfahrungen mit der Krabbenzucht in Guyana hin.

2.6.4 Durch die Lage der Regionen in äußerster Randlage verfügt die Europäische Union über ausgedehnte Seegebiete (Indischer Ozean, Atlantik, Karibik) und somit über eine bemerkenswerte meeresbiologische Vielfalt. Nach Ansicht des EWSA müssen die Meeresräume einzeln nach Meeresbecken verwaltet werden, da die Situation im Indischen Ozean anders ist als die des Atlantiks. Eine differenzierte Bewirtschaftung müsste auch den Gegebenheiten in der Fischerei Rechnung tragen.

2.7 Handel und Vertrieb

2.7.1 Der Handel ist ein wichtiger Sektor in den Regionen in äußerster Randlage. Er ist jedoch von Importen aus den Mitgliedstaaten abhängig. Der Verbrauch an Konsumgütern bemisst sich an der lokalen Bevölkerung, ist aber auch abhängig vom jeweiligen Touristenaufkommen.

2.7.2 Der EWSA ist der Auffassung, dass ein lokaler Handel entwickelt werden müsste, der eine große Produktvielfalt sowie an den Bewohnern und Touristen orientierte Dienstleistungen bietet.

2.8 Wettbewerb und Unternehmen

2.8.1 Ein kleines Unternehmen in einer Region in äußerster Randlage kann aufgrund des geringen Umfangs des lokalen Absatzmarktes leicht eine Monopolstellung einnehmen. Ein großes Unternehmen in den Regionen in äußerster Randlage entspricht somit einem mittleren Unternehmen im kontinentalen Europa — größenordnungsbedingte Einsparungen sind in diesen Regionen somit nicht gegeben.

2.8.2 Nach Auffassung des EWSA müssen die Transparenz der Märkte und der Wettbewerb zwischen den Unternehmen gefördert werden.

2.8.3 Die Mehrkosten der Regionen in äußerster Randlage lassen sich häufig schwer definieren. Die folgende Liste erfasst einige der zusätzlichen Kosten:

- die Mehrkosten bedingt durch den Transport von Gütern und Material per Schiff und Flugzeug;

- Geschäftsreisen zwischen Europa und den Regionen in äußerster Randlage sind recht aufwändig, da es oft keine Direktverbindungen gibt, die Frequenz der Verkehrsverbindungen eingeschränkt ist und die Kosten, bedingt durch die Entfernung und den Insel- und Archipelcharakter der Regionen, hoch sind;

- die Kosten für Lagerhaltung sind aufgrund der mangelnden Schiffs- und Flugverbindungen höher;

- die Personalkosten sind höher, da weniger gut ausgebildete Arbeitskräfte geringere Produktivität aufweisen, und somit eine Ausbildung innerhalb der Unternehmen erforderlich ist;

- höhere Transportkosten, die Ausbildung des Personals, eine im Vergleich zu Unternehmen in Kontinentaleuropa größere Lagerkapazität — all dies sind Gründe dafür, dass der finanzielle Aufwand höher und somit die Wettbewerbsfähigkeit geringer ist;

- die Niederlassungskosten sind höher, da Baumaterial importiert werden muss.

2.8.4 Der EWSA ist der Auffassung, dass die europäische Politik diese Mehrkosten berücksichtigen und möglichst weitgehende Maßnahmen zu ihrer Eindämmung ergreifen muss.

2.9 Energie

2.9.1 Eine strukturelle wirtschaftliche Schwäche der Regionen in äußerster Randlage wird durch die Knappheit bzw. den Mangel an herkömmlichen Energieträgern sowie die Abhängigkeit von Energieeinfuhren bedingt. Diese Regionen verfügen jedoch über eine große Bandbreite von Möglichkeiten zur Entwicklung erneuerbarer Energieträger.

2.9.2 Der EWSA stellt fest, dass diese Regionen zwar häufig Energieproblemen gegenüberstehen, sich ihnen aber zahlreiche Möglichkeiten bieten wie Sonnen-, Erdwärme-, Wind- und Meeresenergie.

2.9.3 Diese Regionen haben außerdem gewisse Schwierigkeiten bei der Bewirtschaftung des Abfalls, der als Energiequelle genutzt werden könnte. Mit Hilfe einer Politik, die eine größere Energievielfalt fördert, könnte gleichzeitig ein Problem der öffentlichen Gesundheit und Hygiene gelöst werden:

- die meisten Regionen besitzen ein tropisches Klima und könnten die entsprechende Energie nutzen;

- manche Regionen können sich die Erdwärme ihres Vulkangesteins zunutze machen;

- die Regionen können von der Nähe zum Meer profitieren, indem sie aus dem Meer Energie gewinnen;

- mit dem verfügbaren Abfall kann Energie erzeugt werden.

2.9.4 Der EWSA ist der Auffassung, dass die Diversifizierung der Energieträger langfristig angelegt und durch finanzielle Anreize gefördert werden muss.

2.10 Forschung und Entwicklung

2.10.1 Um die isolierte Lage abzumildern und den Unternehmen in den Regionen in äußerster Randlage wirtschaftliche Entwicklungschancen zu bieten, müssen in größerem Umfang neue Kommunikationstechnologien eingesetzt werden.

2.10.2 Die Forschung muss im Hinblick auf die traditionellen und die nicht-traditionellen Wirtschaftszweige sowie im Hinblick auf Lösungen für die Probleme der Regionen in äußerster Randlage ausgeweitet werden.

2.10.3 Der EWSA ist der Auffassung, dass die Ansiedlung von Forschungszentren in diesen Regionen sehr positive Auswirkungen haben würde. Zudem würde dies zu einer nicht unerheblichen Diversifizierung der Wirtschaft in den Regionen in äußerster Randlage beitragen.

2.11 *Die Bedeutung der Entwicklung und Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsräume*

2.11.1 Zwischen den Regionen in äußerster Randlage lassen sich große Entwicklungsunterschiede feststellen: Abgesehen von einigen Initiativen sind nur wenige moderne Branchen in den Regionen in äußerster Randlage angesiedelt, die jedoch auf keinen Fall eine Alternative zu den traditionellen Sektoren darstellen.

2.11.2 Der öffentliche Sektor (europäische, zentrale und regionale Verwaltungen, öffentliche Unternehmen, Hochschulen und Forschungszentren) ist als Antriebskraft für wirtschaftliche Aktivitäten von großer Bedeutung. Die akademischen Zentren spielen in den Regionen in äußerster Randlage eine wichtige Rolle und sollten deshalb unbedingt erhalten werden. Der EWSA empfiehlt, ein Europa-Stipendium zu vergeben, um Studierende aller Nationalitäten anzuziehen.

2.11.3 Die Investitionsfähigkeit der lokalen Unternehmen ist gering. Infolgedessen sind die modernen Branchen bei der Verwirklichung von Projekten in stärkerem Maße von Gemeinschaftsbeihilfen abhängig als traditionelle Branchen.

2.11.4 Die Finanzierungskapazitäten der Unternehmen sind aufgrund der zusätzlichen Kosten begrenzt. Um die Unternehmen bei der Entwicklung ihrer Aktivitäten zu unterstützen, hält der EWSA eine Finanzierungspolitik für unerlässlich. Der EWSA sieht zudem eine Politik der Unternehmensgründung als wünschenswert an, durch die der Zugang zu Risikokapital für die Verwirklichung von Projekten, die den Regionen in äußerster Randlage einen zusätzlichen Nutzen bringen, erleichtert wird.

2.12 *Lebensbedingungen*

2.12.1 Der EWSA schlägt vor, die Besonderheiten der Regionen in äußerster Randlage zu berücksichtigen, um eine kohärente und langfristige Politik zu entwickeln. Dabei geht es um eine höhere Attraktivität der Regionen und Städte durch die Verbesserung ihrer Erreichbarkeit bei gleichzeitiger Förderung von Forschung und Innovation, einschließlich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

2.12.2 Der EWSA ist der Auffassung, dass der soziale Dialog in den Regionen in äußerster Randlage gestärkt und dieser Aspekt in den künftigen Zielen der EU-Politik, die diese Regionen betreffen, berücksichtigt werden sollte.

2.12.3 Es sollten mehr und höherwertige Arbeitsplätze geschaffen und mehr Menschen in Arbeit gebracht werden bzw. Firmenneugründungen gefördert, die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen verbessert und Investitionen verstärkt werden.

2.12.4 Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, denen die Umsetzung der die Regionen in äußerster Randlage betreffenden Politik obliegt, tendieren dazu, der Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu wenig Aufmerksamkeit zu widmen. Der EWSA ist der Ansicht, dass der soziale und territoriale Zusammenhalt Priorität hat und nicht außer Acht gelassen werden darf.

2.12.5 Diese Ziele müssen in der Politik der EU verankert werden. Auch sollten spezifische Maßnahmen zugunsten der Wirtschaftsentwicklung ergriffen werden. Nach Ansicht des

EWSA wäre zunächst eine Politik sinnvoll, die auf die Verbesserung der Zugänglichkeit der Regionen in äußerster Randlage abzielt, und zwar

- durch bessere und preisgünstigere Verkehrsverbindungen, eine Öffnung des Verkehrsmarkts, eine Verbesserung der Transit-Orte (Häfen und Flughäfen), eine Rationalisierung der Transportlogistik, eine Kompensation für die Randlage;
- durch die Entwicklung der traditionellen Sektoren mittels Förder- und Bildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer.

2.12.6 Der EWSA ist sich der besonderen Rahmenbedingungen in den Regionen in äußerster Randlage bewusst. Er fordert die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen mittels einer ehrgeizigen Politik, die dazu beiträgt, die Benachteiligungen dieser Regionen zu überwinden, und die Schaffung eines Mehrwerts ermöglicht.

2.12.7 Der EWSA weist darauf hin, dass die öffentlichen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse für die Einwohner der Regionen in äußerster Randlage besonders große Probleme aufwerfen. Die EU-Politik zugunsten der Regionen in äußerster Randlage sollte der Tatsache Rechnung tragen, dass es im Interesse der Konvergenz erforderlich ist, den sozialen Zusammenhalt durch die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu stärken.

2.13 *Grenzübergreifende Zusammenarbeit*

2.13.1 Der EWSA hält eine dynamische grenzübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Regionen außerhalb der EU für notwendig, um Synergieeffekte zu erreichen und so die Entwicklung dieser Regionen voranzutreiben — unter der Bedingung, dass die lokalen Gebietskörperschaften der Regionen in äußerster Randlage daran beteiligt werden.

2.13.2 Der EWSA fordert eine umfassende Untersuchung der grenzüberschreitenden Kooperationen. Er ist der Ansicht, dass Lösungen gefunden werden können, fordert jedoch ein umsichtiges Vorgehen, damit dadurch keine neuen Probleme geschaffen werden.

2.14 *Steuerwesen*

2.14.1 Die Regionen in äußerster Randlage haben spezifische, von der EU gebilligte Wirtschafts- und Steuersysteme. Nach Auffassung des EWSA ist die Aufrechterhaltung dieser Sonderregelungen unerlässlich, um den Regionen in äußerster Randlage bei der Überwindung ihrer Strukturprobleme zu helfen.

2.15 *Kohäsionspolitik*

2.15.1 Der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt ist eines der wichtigsten europäischen Ziele, die in Zukunft mit noch mehr Nachdruck verwirklicht werden sollten. Der EWSA ist der Ansicht, dass die EU-Politik im Bereich der Regionen in äußerster Randlage auf die Stärkung des Zusammenhalts abzielen sollte, um die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung zu verbessern.

2.15.2 Die Kohäsionspolitik muss die Modernisierung und Weiterentwicklung von Unternehmen sowie die Gründung neuer Unternehmen durch junge Menschen ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist Innovation ein vorrangiges Ziel, wenn es darum geht, neue Chancen zu eröffnen sowie Forschungs- und Bildungszentren in Zusammenarbeit mit Unternehmen zu unterstützen.

2.15.3 Zur Stärkung des Zusammenhalts ist es notwendig, die Wirtschaftsentwicklung zu fördern sowie Arbeitsplätze, Gehälter und öffentliche Dienstleistungen zu verbessern.

2.15.4 Die Regionen in äußerster Randlage können eine bedeutende Rolle bei der Regionalentwicklung spielen, da sie für die Unternehmen sehr wichtige europäische Plattformen darstellen. Sie können auch als regionales Modell zur Stärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft bzw. als weltweit vorbildhaftes Sozialmodell dienen.

2.16 *Ausbau des Aktionsplans für das größere nachbarschaftliche Umfeld (Grand Voisinage)*

2.16.1 Die Lage der Regionen in äußerster Randlage ermöglicht eine privilegierte Partnerschaft mit den Regionen in ihrer näheren Umgebung. Diese Politik sollte jedoch verbessert werden, da ihre Umsetzung noch unzureichend und inkonsequent ist. Der EWSA unterstreicht, dass eine solche Partnerschaft nur in Zusammenarbeit mit den europäischen Regionen und auf deren Initiative hin und mit Maßnahmen zur Verbesserung der wechselseitigen Kenntnisse der betroffenen Regionen entwickelt werden kann.

2.17 *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA)*

2.17.1 Die WPA können der Entwicklung der Regionen in äußerster Randlage förderlich sein. Es bedarf jedoch einer genauen und zuverlässigen Untersuchung der künftigen Abkommen. Die WPA müssen den Interessen aller Betroffenen Rechnung tragen.

2.17.2 Der EWSA ist der Ansicht, dass die WPA die Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft sowohl in den Regionen in äußerster Randlage als auch in den Drittstaaten erleichtern sollten.

2.17.3 Der EWSA empfiehlt den Dialog und den Austausch zwischen den Regionen in äußerster Randlage und den AKP-Staaten zur Ermittlung von Synergieeffekten und zur Förderung einer Wirtschaftsentwicklung, die allen zugute kommt.

2.18 *Migrationsströme*

2.18.1 Die EU arbeitet derzeit an einer gemeinsamen Einwanderungspolitik, bei der die Aspekte demografische Situation,

Arbeitsmärkte und Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern Berücksichtigung finden. Migration ist ein akutes Probleme für die Regionen in äußerster Randlage. Die Regionen in äußerster Randlage benötigen ein Instrument zur Verringerung der illegalen und/oder irregulären Einwanderung. Eine europäische Migrationspolitik muss folglich die besonderen Bedürfnisse der Regionen in äußerster Randlage angemessen berücksichtigen und nachhaltige Lösungen für deren Probleme anbieten.

2.18.2 Es sollte eine Folgenanalyse angefertigt werden, um diese Thematik besser zu verstehen und Lösungen für die unterschiedlichen Migrationsprobleme zu finden.

2.18.3 Der EWSA ist der Auffassung, dass die europäische Einwanderungspolitik ehrgeiziger sein sollte, um die Einwanderung über gemeinsame Rechtsvorschriften und transparente Verfahren zu steuern. Was die Regionen in äußerster Randlage angeht, muss Europa die Einwanderung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung des Arbeitsmarktes erleichtern können.

2.18.4 Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Europa wird die Migration voraussichtlich weiter zunehmen. Ihrerseits müssen die Regionen in äußerster Randlage den Problemen begegnen, die sich aus der irregulären Einwanderung ergeben. Diesbezüglich brauchen sie aber die solidarische Unterstützung durch die EU. Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen muss ihre Tätigkeiten in den Regionen in äußerster Randlage ausbauen.

2.19 *Erhöhung der Zahl der Regionen in äußerster Randlage*

2.19.1 Einige Mitgliedstaaten diskutieren derzeit über die Erhöhung der Zahl der Regionen in äußerster Randlage, namentlich Frankreich und die Niederlande. Voraussetzung für eine solche Erhöhung ist die Billigung durch den Rat. Der EWSA unterstreicht jedoch, dass die EU mehr Finanzmittel bereitstellen muss, um eine bessere Integration der bisherigen und der neuen Regionen in äußerster Randlage zu gewährleisten.

Brüssel, den 22. April 2008

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Dimitri DIMITRIADIS